

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0085/2018 (STK)

Interpellation Jonas Hufschmid (CVP, Olten): Politische Bildung und Partizipation von jungen Erwachsenen (04.07.2018)

In vielen Gemeinden wird die Besetzung von Ämtern immer schwieriger und gleichzeitig hört man überall von der Politikverdrossenheit der jungen Erwachsenen (bis 35 Jahre). Beides gefährdet elementare Grundwerte, die unser Land einzigartig und erfolgreich machen. Die Bevölkerung ist in der Schweiz durch die direkte Demokratie besonders stark eingebunden in die politischen Prozesse. Die starke Einbindung garantiert eine ausgesprochene politische Stabilität, was einer der grössten Standortfaktoren darstellt.

Damit diese Stärken weiterhin Gültigkeit haben, muss zwingend die politische Bildung ausreichend sein. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die politische Bildung nicht nur auf Bundesebene, sondern eben auch kantonal und kommunal zu fördern ist. Neben der politischen Bildung ist auch die Partizipation, insbesondere der Altersgruppe bis 35 Jahre zu fördern. Insbesondere auf Gemeindeebene, der ersten und nächsten politischen Anlaufstelle, ist hierbei am meisten Potenzial und auch Notwendigkeit zu verorten. Schliesslich bilden alle Stimmberechtigten auf kommunaler Ebene (in der ordentlichen Gemeindeorganisation) die Gemeindeversammlung (Legislative).

In diesem Zusammenhang verlangen die Interpellanten Antworten zu folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation zur politischen Bildung im Kanton Solothurn?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation bezüglich politischer Einbindung der bis 35-Jährigen? Auf kantonaler Ebene wie auf kommunaler?
3. Welche Empfehlungen werden diesbezüglich den Gemeinden gemacht (insbesondere zur Förderung des Besuchs von Gemeindeversammlungen und der politischen Einbindung von bis 35-Jährigen)?
4. Könnte sich der Regierungsrat ein Förderprogramm ähnlich des Solothurner Jugendparlaments auf Gemeindeebene vorstellen? Würde der Regierungsrat ein solches Programm auch finanziell unterstützen?
5. Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich einer Abstimmungshilfe (z. B. easyvote) bei kantonalen und nationalen Vorlagen für junge Erwachsene? Wäre er bereit, sich an einer Finanzierung dafür zu beteiligen?
6. Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich Stimm- und Wahlrechtsalter 16? Wäre es für den Regierungsrat denkbar, den Gemeinden Spielraum für eine entsprechende kommunale Anpassung zu geben?
7. Wie steht der Regierungsrat zur Idee, den Besuch einer Gemeindeversammlung als (einmalige) Pflicht für alle Jung- und Neubürger vorzusehen?
8. Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die politische Bildung möglichst kostenneutral zu fördern?
9. Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die Anreize für die Teilnahme an Gemeindeversammlungen zu stärken und die bis 35-Jährigen vermehrt politisch einbinden zu können?

Begründung 04.07.2018: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Jonas Hufschmid, 2. Fabian Gloor (2)